

**Aus dem Hauptausschuss der HAUPTGRUPPE I (Hoheitsverwaltung) vom
19. Oktober 2007**

Tagesordnungspunkt: Reinigungspersonal bei den Büchereien

Mail mit Antrag zur Tagesordnung:

*Liebe KollegInnen des Hauptausschusses,
da Stundenkürzungen und Umstrukturierungen des Reinigungspersonals verschiedene
Dienststellen mit zum Teil hochgehenden Emotionen schon fast das ganze Jahr beschäftigen,
beantrage ich für die Hauptausschusssitzung vom 19. Oktober 2007 die Aufnahme des
Tagesordnungspunktes*

***"Stundenkürzungen des Reinigungspersonals durch die MA 34. Auswirkungen auf die
Reinlichkeit und die Arbeitsbedingungen in betroffenen Dienststellen" mit einem Bericht
über den derzeitigen Stand.***

*Anbei Auswahl aus Stellungnahmen und Protesten von Büchereileiterinnen sowie ein
Mailverkehr zum Thema zwischen dem Abteilungsleiter der MA 34 und 2 PV aus dem DA6.*

*mit den besten Grüßen
Wolfgang Kauders*

Diesem Antrag wurde entsprochen, als letzter Tagesordnungspunkt der Sitzung aufgenommen und dem Antragssteller das Wort erteilt:

KAUDERS (KIV)

Seit Anfang des Jahres häufen sich Meldungen von BüchereileiterInnen, dass Arbeitszeiten der Reinigungskräfte überfallsartig reduziert und Reinigungszeiten für die Büchereien um einige Stunden bis zur Hälfte herabgesetzt würden, bei gleichzeitiger Hinzufügung weiterer Reinigungsstellen.

Es gehe hier einerseits um den Umgang mit diesen Kolleginnen, um die menschlichen Schicksale, um die es sich handelte: etliche dieser Kolleginnen müssten alleine für den Unterhalt der Familie aufkommen, es träfe wieder einmal die Ärmsten der Armen im Magistrat, denen vom Wenigen, das sie haben, noch etwas weggenommen werde.

Andererseits sei offensichtlich, dass angesichts des Publikumsantrags in den Büchereien und durch die Erhöhung der Öffnungszeiten die Anforderungen für das Reinigungspersonal überdurchschnittlich hoch seien. Es sei daher leicht auszurechnen, dass der jetzige Standard an Sauberkeit und Hygiene nicht aufrechtzuerhalten sein werde.

Somit könne es nur eine Frage der Zeit sein, bis dies durch irgendeinen Bezirksrat oder durch die Medien öffentlich werde. Was das für das Image der Büchereien und der Stadt Wien bedeute, sei leicht zu ermessen.

Zu diesen Problemen habe es zwischen PersonalvertreterInnen der Büchereien und dem Abteilungsleiter der MA 34 einen teilweise emotional geführten Mailverkehr gegeben, der den Hauptausschussmitgliedern als Dokumentation mit der Einladung mitgeschickt worden sei.

Angeblich sei es zu Verhandlungen zwischen MA 34 und MA 13 über das Tätigkeitsprofil der Reinigungskräfte und über das notwendige

Stundenausmaß der einzelnen Zweigstellen gekommen – über das Ergebnis sei den PersonalvertreterInnen in den Büchereien nichts bekannt.

Auf der Ebene der Personalvertretungen der MA 34 und der Büchereien sei das Problem des Einsatzes der Reinigungskräfte in den einzelnen Dienststellen nicht lösbar, sondern gehöre, da ähnliche Probleme ja auch in anderen Dienststellen auftauchen, in den Hauptausschuss.

Daher die Frage an die Vorsitzenden des Hauptausschusses, ob und wie der Hauptausschuss in dieser Angelegenheit eingebunden sei?

Ing. Josef **NEUMAYER**
(FSG, stv. Vorsitzender
Personalgruppenausschuss A,
Exekutive Hauptausschuss,
Dienststellenleiter MA 34

Offenbar sei das Problem zuwenig kommuniziert worden oder es gebe bei Manchen Wissensdefizite. Denn man müsse wissen, dass die MA 34 in einem Gemeinderatsbeschluss dazu verpflichtet worden sei, ihre Leistungen marktkonform zu erbringen. Somit seien auch für den Magistrat die selben wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie in der Privatwirtschaft gegeben.

Im Kollektivvertrag seien 195m² festgelegt. Das sei auch so von den Interessenvertretungen unterzeichnet worden.

ZWISCHENRUFE

Wieso Kollektivvertrag? Wir sind doch bei der Gemeinde Wien! Welche Interessenvertretungen haben dem zugestimmt?

Ing. **NEUMAYER**

drückt die Hoffnung aus, dass die Zwischenrufer wüssten, wer bei einem Kollektivvertrag unterzeichne. Jedenfalls wäre es durch die Marktkonformität möglich gewesen, dass 760 Mitarbeiterinnen bei der Gemeinde Wien behalten werden konnten.

Denn der Facilitybereich, das sei ein Wahnsinnsbereich, es sei unglaublich, wie diese Kräfte behandelt würden in der Privatwirtschaft. Ein paar Kollegen aus den Amtshäusern, wo solche Firmen eingesetzt seien, erlebten das hautnah, die könnten davon erzählen.

Dagegen habe gerade er sich für unsere Reinigungskräfte eingesetzt, es gebe Deutschkurse und eine neue Berufskleidung, welche für die Corporate Identity wichtig sei und hübsch ausschaue, es gebe Gesundheitsvorsorge, es werde auf die religiösen Feste geachtet, das alles könne die Personalvertreterin aus diesem Bereich bestätigen, gerade er habe da mitgewirkt, dass die Bedingungen möglichst gut seien und er lasse sich da keine Vorwürfe machen. Daher habe er auch so emotional reagiert und dazu stehe er.

Zu den Büchereien wolle er nun ein paar Fakten nennen, die gerne verschwiegen würden: Bei den Büchereien seien 48 Mitarbeiterinnen der MA 34 tätig. Davon hätten sich aufgrund der Größe der Putzfläche, es gebe ja Büchereien mit nicht mehr als 50m² Putzfläche, die Stunden von 7 Damen reduziert. Das stimme. Aber bei 6 Damen hätten sie sich erhöht. Das werde aber verschwiegen. Bei 35 Damen, also bei 73% gebe es überhaupt keine Veränderungen. Im Unterschied zu den 195 m² des Kollektivvertrages wäre bei der Gemeinde das Ziel von 165m², das würde in vielen Fällen bei weitem nicht erreicht werden, 10 Mitarbeiterinnen bei den Büchereien würden im Schnitt nur 50% dieser

angestrebten Reinigungsleistung erbringen.

Mit der MA 13 seien Verhandlungen über das Tätigkeitsprofil der Reinigungskräfte geführt worden. Ja, es habe Reduktionen gegeben. Es sei aber niemanden was weggenommen worden. Natürlich gebe es da und dort nun weniger Zeit für einkaufen gehen, kochen, abwaschen, Blumen gießen. Das gehöre aber eben nicht zum Arbeitsauftrag der Damen.

Wenn es gelinge, die Leistungen des Reinigungspersonals wirtschaftlich effizient ungefähr im Marktpotential zu erbringen, dann werde man auch nicht immer vom Dienstgeber hören, dass die Gemeindebediensteten zu teuer und zu faul wären und daher eine private Firma nehmen.

Unser Ziel müsse sein, unsere Leistungen so darzustellen, dass wir gut da stünden. Was es an Reduktionen gegeben habe, komme aus Strukturen, die nicht zu ändern seien, daher müssten wir uns verantwortungsvoll positionieren!

In den Wortmeldungen von Mag. Christian **MERTENS** (FCG) und Thomas **KERSCHBAUM** (KIV) wird darauf hingewiesen, dass durch die vielfache Funktion der Büchereien als Kulturzentren, Veranstaltungsorte etc. eine hohe Beanspruchung dieser Einrichtungen bestehe und daher auch ein viel höherer Reinigungsaufwand als in normalen Büroräumen erforderlich sei. Der Vergleich mit der Privatwirtschaft sei unzulässig, da die Gemeinde Wien, die sich ja sonst so ihrer sozialen Kompetenz rühme, sich nicht im negativen Wettbewerb mit den Arbeitsbedingungen von Privatfirmen messen dürfe. Der Umgang des Dienstgebers mit dem Reinigungspersonal sei nicht akzeptabel, es gebe ja viele mit Emigrationshintergrund, für die die Stundenkürzungen empfindliche finanzielle Einbußen bedeuteten. Da werde bei jeder Gelegenheit von der SPÖ gegen den Neoliberalismus und gegen Privatisierungen gewettert und im eigenen Bereich werde genau so vorgegangen, was man bei anderen kritisiere. Die KollegInnen der FSG redeten doch auch sonst mit den SPÖ-Politikern, vielleicht könnten sie sich in dieser Sache auch zu Wort melden.

Es sei im Übrigen höchst eigenartig, dass hier in einem Personalvertretungs- und Gewerkschaftsgremium der Abteilungsleiter der MA 34 bei der Erörterung dabei sei, und seinen Standpunkt breit vertreten könne, und quasi für die dortigen Personalvertreterinnen spreche. Normalerweise sollten in diesem Gremium die PersonalvertreterInnen untereinander die Probleme und die Vorgehensweise gegen den Dienstgeber beraten. Oder vergesse Kollege Neumayer, wenn er dann als Dienstgeber verhandle, das, was er hier gehört habe?

Ing. **NEUMAYER**

damit es ein bissl lustig werde, werde er nun Klartext sprechen, werde Tacheles reden, entweder habe Kerschbaumer nicht kapiert, was er gesagt habe, oder er wolle es nicht verstehen, er lasse sich nicht

sagen, dass die Personalvertreterinnen sich nichts zu sagen trauten, dass er sie einschüchtere, die Kollegin Beyer werde auch noch was sagen, gerade weil er aus der Personalvertretung komme, habe er immer den Bedienstetenschutz im Auge gehabt. Es schaue ja geradezu so aus, als sei man hier als Dienststellenleiter ein Aussätziger. Im Übrigen habe es Verhandlungen mit der MA 13 gegeben und da seien die Tätigkeiten, die in den Büchereien gemacht werden sollen, festgehalten worden. Natürlich habe es für einige wenige Kürzungen gegeben, für diese Kolleginnen könnten aber, wenn sich wieder Arbeitsanfordernisse stellten, Stundenerhöhungen erfolgen. Dazu stehe er.

KAUDERS

Bislang habe nur der Kollege Neumayer Stellung genommen oder der Herr Neumayer, man wisse ja nicht, ob er als Personalvertreter oder als Abteilungsleiter gesprochen habe, aber dank seiner Performance könne sich jeder ein Bild davon machen, wie es in dieser Abteilung zugehe ...

Zwischenrufe durch den Angesprochenen, Repliken darauf, es herrscht kurz Überzimmerlautstärke, der Sitzungsvorsitzende mahnt, aufzuhören mit dem Persönlichen.

... und es bestehe bei allen, die mit den Bediensteten dieser Abteilung reden, der Eindruck, dass sie Angst hätten, schlicht und einfach Angst vor den Vorgesetzten, selbst wenn es um die selbstverständlichsten Rechte gehe. Um diese Bediensteten müsse sich der Hauptausschuss kümmern, eine örtliche Personalvertretung derbehe so etwas nicht. Aber die Antwort auf die Frage, wie sich der Hauptausschuss verhalte und ob er bislang mitgewirkt hätte, stehe noch aus.

Waltraud **Beyer** (FSG), PV-Ausschuss-Vorsitzende der MA 34

Die vorgebrachten Zahlen würden zum Teil stimmen, zum Teil aber nicht. Wie schon gesagt, bestehe ein großer Unterschied wo geputzt werde, da könne man nicht einfach mit den Quadratmetern rechnen.

Ja, es habe Stundenreduzierungen gegeben, in Härtefällen hätten welche zurückgenommen werden können, an anderen werde noch gearbeitet.

Es sei notwendig, dass die Dienststelle hier umdenke, weil viele Frauen hätten einen Migrationshintergrund und seien sehr verunsichert. Überhaupt gebe es innerhalb der Reinigung seit einiger Zeit eine gewisse Angst. So schnell wie jetzt habe man krankheitsbedingt noch nie den Job verloren. Man müsse auch die Altersstruktur bedenken und den Kolleginnen die Angst nehmen, das müsse die Dienststelle machen durch ausreichende Information. Die Dienststellenleitung wisse kaum, was unten passiere, vor allem in "Downtown" gehe es permanent zu! Sie wolle nicht das System angreifen, aber man müsse sich schon fragen, da bei uns ja die SPÖ regiere, wieso das so sei. Was sie vermisse, sei die Menschlichkeit. Es sei ein Politikum, denn wenn die, die ganz unten sind, dann weg seien, dann gebe es wieder wen, der dann ganz unten sei und dann kämen die dran und so weiter.

Eduard **Grünauer** (FSG),
Leitender Referent

Die Hauptgruppe sei am Geschehen beteiligt und werde gerne zu Lösungen beitragen. Er sei gerne bereit, zwischen Personalvertretung und Abteilungsleitung zu vermitteln.

Norbert **Pelzer** (FSG),
neuer geschäftsführender
Vorsitzender

Er verstehe komplett die Emotionen der einen und er verstehe auch den Pepi.

Und er danke für das Vertrauen, das ihm bei der Wahl zum geschäftsführenden Vorsitzenden entgegengebracht worden sei. Im Übrigen sei er im Inneren viel linker als manche glauben.

Die Sitzung sei geschlossen.

Zusätzliche Informationen und eine Interpretation:

- Wie zu erfahren war, ist der derzeitige Stand der Verhandlungen zwischen MA 34 und MA 13 der, dass die Büchereien bislang nur einen Teil des Tätigkeitsprofils für Reinigungskräfte in den Büchereien, wie ihn die MA 34 definiert, schriftlich zur Verfügung gestellt bekommen haben. Erst wenn die Unterlagen vollständig da seien, könne damit begonnen werden, sich die konkreten Anforderungen in den Büchereien insgesamt und in den von den Stundenreduktionen betroffenen Büchereien im besonderen anzuschauen. Zu den von der MA 34 genannten Stundenvorgaben für Reinigungseinheiten sei schwer Stellung zu nehmen, weil die Fachleute auf diesem Gebiet ja in der MA 34 seien.

Von den Büchereien aus könnten nur die Anforderungen definiert und im Falle, dass die Reinigung unzureichend sei, Beschwerde erhoben werden.

- Wie weiters zu erfahren war, sollen die Personalvertreterinnen des Reinigungspersonals vor geraumer Zeit eine Übereinkunft unterzeichnet haben, in welcher sich auch die Zustimmung zu Stundenreduktionen herauslesen lassen könnten. Als dann die Reduktions- und Kündigungswelle angerollt ist, sollen sich diese Personalvertreterinnen an die Vorsitzenden des Hauptausschusses mit der Bitte um Unterstützung gewandt haben. Die Antwort sei gewesen, dass sie, wenn sie schon so eine Vereinbarung, ohne vorher den Hauptausschuss zu informieren, unterschrieben hätten, sollten sie nun selber schauen, wie sie aus dem Schlamassel herauskämen.

Diese Version wird natürlich von keinem der Beteiligten in der Öffentlichkeit bestätigt werden, aber die Tatsache, dass die Vorsitzenden des Hauptausschusses dem Mitglied der Hauptausschuss-Exekutive, Josef Neumayer, bislang freie Hand bei seiner Tätigkeit als Dienststellenleiter gelassen haben, lässt stark vermuten, dass es wie geschildert abgelaufen ist.

- In der vorbereitenden Sitzung der Exekutive vor dem Hauptausschuss soll über den Tagesordnungspunkt Reinigungspersonal eineinhalb Stunden lang und auch innerhalb der FSG-Mitglieder kontroversiell diskutiert worden sein. Auch das Problem der Unvereinbarkeit sei angesprochen worden – vom neuen geschäftsführenden Vorsitzenden Pelzer. Als Ing. Neumayer seinen möglichen Rücktritt von allen Gewerkschafts- und Personalvertretungsfunktionen in den Raum gestellt habe, hätte sich angeblich keine Stimme erhoben, die ihn von diesem Vorhaben abzuhalten bereit war.

- Wenn man sich die Situation der Reinigungskräfte unabhängig von den individuellen Verhaltensweisen von magistratischen Führungskräften und führenden Gewerkschaftern ansieht, dann entsteht der Eindruck, dass bestenfalls eine Entschärfung der Lage bei nur einigen der Betroffenen möglich sein wird und das Problem selber bestehen bleibt, da das Ganze nach einer Logik abläuft, welcher die PolitikerInnen, die DienststellenleiterInnen, die PersonalvertreterInnen und die Gewerkschaft sich auszuliefern bereit sind:

Vor zehn Jahren hat die Stadtregierung und die Magistratsspitze eine Modernisierung und ist gleich Verbilligung der Stadtverwaltung beschlossen. Die politischen Entscheidungsträger beschränken sich demnach auf die Formulierung allgemeinsten Rahmenbedingungen für die Aufgaben des Magistrats. Die operative Umsetzung wird der Managementstruktur des „New Public Managements“ überlassen. Durch Erzeugen eines künstlichen Markts innerhalb des Magistrats und durch Hereinnahme echter Konkurrenz durch private Firmen sollen die Kosten öffentlicher Dienstleistungen gesenkt werden.

Damit wird ein Prozess in Gang gesetzt, der darauf zielt, dass die Stadtverwaltung sich auf „ihre Kernaufgaben“ beschränkt. Wobei die Definition dieser Kernaufgaben im wesentlichen der rasch gewachsenen Managementriege überlassen wird. Beispielsweise ist im Bereich „Gesundheit und Soziales“ festgestellt worden, dass von den 76 in der Geschäftsordnung des Magistrats definierten Aufgaben nur noch 16 ausschließlich innerhalb des Magistrats zu erfüllen seien.

Ausgliederungen, Auslagerungen und Privatisierungen sind im Rahmen des New-Public-Managements-Denkens die logische Konsequenz.

Ebenso logisch ist die Übertragung von Aufgaben an Private, welche kostengünstiger arbeiten. Und logisch ist, dass dank des extremen Lohndumpings der zahlreichen Reinigungsfirmen eine Magistratsabteilung wie die MA 34 extrem unter Druck gerät. Vor allem wenn die politischen Entscheidungsträger den Auftrag erteilen, dass die MA 34 – bei Strafe der Privatisierung der Reinigungstätigkeiten – „marktkonform“ ihre Leistungen zu erbringen habe.

Jeder Abteilungsleiter kann in einer solchen Situation, wenn er weiter auf diesem Posten bleiben und geliebt werden will, nur daran gehen, möglichst radikal bei möglicher Vermeidung von sichtbarem Widerstand der Betroffenen die Arbeits- und Entgeltbedingungen in die Richtung des Niveaus der Dumpingfirmen hinunter zu schrauben.

Für die Personalvertretung steht ebenfalls nur die Alternative Privatisierung im Raum, was bei vielen KollegInnen Jobverlust oder noch mehr Senkung von Einkommen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeuten würde, oder die möglichst sanfte Abfederung der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen innerhalb des Magistrats.

Einer Magistratsabteilung wie die MA 13, die indirekt von solchen Verschlechterungen betroffen ist, bleibt in dieser Logik auch nicht mehr, als Mängel zu beanstanden, falls die Reinigung nicht mehr ausreichend erledigt werden kann. Womit das Problem individualisiert wird, wie es Herr Neumayer in seiner unnachahmlichen Mail an Maria Hirsch bereits angedeutet hat: wenn es Beschwerden gibt, wird das Reinigungspersonal zur Verantwortung gezogen.

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ist nicht nur durch ihre persönliche Verquickung mit dem Dienstgeber außerstande, sich dieser Logik zu entziehen, sondern ist auch durch die mehrheitlich politische Identität mit der Stadtregierung zur Formulierung einer anderen Position nicht bereit. Vor allem, weil sie im Grunde keine andere hat.

Wolfgang Kauders